

Demo gegen die
„Bolkestein-Richtlinie“
11. Februar 2006
11.30 Uhr
Berlin, Invalidenpark



Den Schwung nutzen

Von Michael Stadler, stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Lichtenberg der Linkspartei.PDS

Ein ereignisreiches, für die Linkspartei.PDS sehr erfolgreiches Jahr liegt hinter uns. Auch 2006 wird nicht gerade arm an politischen Höhepunkten und Herausforderungen sein.

Da ist zum einen am Vereinigungsprozess mit der WASG zu arbeiten. Das erwarten die über vier Millionen Wählerinnen und Wähler, die uns ihre Stimme zu den Bundestagswahlen gegeben haben. Sie dürfen und wollen wir nicht enttäuschen, egal, ob im Bund, im Land oder in der Kommune. Was wir in Lichtenberg dazu tun können, wollen wir ohne Verzögerung tun. Den Freundinnen und Freunden von der lokalen WASG bieten wir eine gleichberechtigte und intensive Zusammenarbeit an. Vielleicht können wir so dazu beitragen, Verhärtungen auf Landesebene von unten aufzubrechen.

Zum anderen sind im September die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen. Auch in den neu zugeschnittenen nunmehr sechs Wahlkreisen wollen wir alle Direktmandate für das Abgeordnetenhaus erringen. Wir wollen, dass Christina Emmrich ihre erfolgreiche Arbeit als Bürgermeisterin unseres Stadtbezirkes gemeinsam mit den von uns gestellten Stadträtinnen und Stadträten fortsetzt. Wir wollen die absolute Mehrheit an Sitzen in der BVV verteidigen, damit wir unseren Aufbruch in Richtung einer Bürgerkommune in Lichtenberg fortsetzen können.

Unsere Ziele sind anspruchsvoll. Lasst uns schon jetzt gemeinsam mit ihrer Umsetzung beginnen.

Rote Jugend gegen Quark

Temperaturen unter Null, verhaltene Sonnenstrahlen am blauen Himmel und eine von roten Fahnen begleitete Menschenmasse, die sich langsam in Richtung des Friedhofs der Sozialisten bewegt.

Auch dieses Jahr beteiligten sich zehntausende Sozialistinnen und Sozialisten an der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration, trotz scharfer Auflagen, die Stahlkappenschuhe, Glasflaschen und nicht zuletzt „mordsgefährlich“ lange oder gar miteinander verknotete Transparente untersagten.

Etwa in der Mitte des Demonstrationszuges hörte und las man dänische, tschechische und norwegische Parolen. Die sozialistischen Jugendlichen aus Norwegen (Rød Ungdom), Dänemark (SUF) und Tschechien (KSM) bereicherten die Demo mit ihrem Enthusiasmus und ausdrucksstarken Transparenten, u.a. gegen die neoliberale Bolkestein-Richtlinie.

Die 120 Jungen und Mädchen reisten auf Einladung von [solid] für das LL-Wochenende nach Berlin. Auch um die Abendgestaltung kümmerte sich [solid].

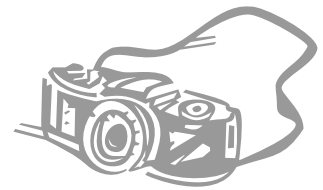
Samstagabend, nachdem sie Blumen am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park niedergelegt hatten, konnten sich die jungen Sozialistinnen und Sozialisten bei einer Party im Jugendclub Linse austauschen, erholen und sättigen. Doch aufgrund des zeitigen Demonstrationsbeginns war für alle rechtzeitiges Zubettgehen angesagt.

Am nächsten Morgen zeigte dann ein lautstarker großer Block mit Jugendlichen von [solid], der SDAJ, der DIDF und unseren internationalen Gästen mit frechen Sprüchen und reichlich Bewegungsenergie – ganz im Sinne von Rosa Luxemburg – dass die Revolution großartig ist und alles andere Quark!

[solid] Lbg-jb/gw

In dieser Ausgabe

- Mit Farbe und Malerrolle gegen Rechts (Seite 4)
- Das Kulturhaus Karlshorst (Seite 5)
- Die „Lange Nacht der Politik“ im Rathaus Lichtenberg (Seite 5)
- Interview mit MdEP Sylvia-Yvonne Kaufmann (Seite 7)



Abkassierer-Koalition

Nachdem sich die beiden Partner der Großen Koalition im Wahlkampf in der Mehrwertsteuerfrage noch unversöhnlich gegenüber standen – die CDU/CSU befürwortete eine Anhebung auf 18 Prozent, was von der SPD abgelehnt wurde –, haben beide einen „Kompromiss“ geschlossen: Zum 1. Januar 2007 steigt die Mehrwertsteuer auf 19 Prozent.

Waren und Dienstleistungen werden sich erheblich verteuern, so dass das ohnehin flau Konsumklima weiter geschwächt wird. Hauptbetroffene werden zunächst die Verbraucher sein, aber auch all die Unternehmen, die überwiegend auf dem Binnenmarkt tätig sind. Deren Auftragslage wird sich weiter verschlechtern. Ein weiterer Arbeitsplatzabbau ist damit vorprogrammiert.

Die von den Koalitionären versprochene Senkung des Beitrags für die Arbeitslosenversicherung wird hieran nichts ändern, da diese auch durch Mitteleinsparungen bei den Ar-

beitslosen, also über weitere Kaufkraftkürzungen finanziert wird. Darüber hinaus sind von der Mehrwertsteueranhebung auch rezeptpflichtige Arzneimittel betroffen, so dass sich eine weitere Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge abzeichnet.

Auf Regierungsseite hofft man, dass für 2007 geplante Konsumausgaben angesichts der angekündigten Steuererhöhung vom Verbraucher vorgezogen werden und so die Binnenkonjunktur anspringt. Aber vorgezogener Verbrauch ist kein zusätzlicher Verbrauch. Und die Binnennachfrage belastende Maßnahmen sieht das Regierungsprogramm auch schon für 2006 vor. Zweifel sind daher angebracht, zumal die Europäische Zentralbank bereits eine schrittweise Anhebung der Leitzinsen angekündigt hat, womit sich auch die Verbraucherkredite verteuern werden.

Insofern war es schon angebracht, dass fast alle Bundesminister ihrem Eid ein flehendes „So wahr mir Gott helfe“ anfügten.

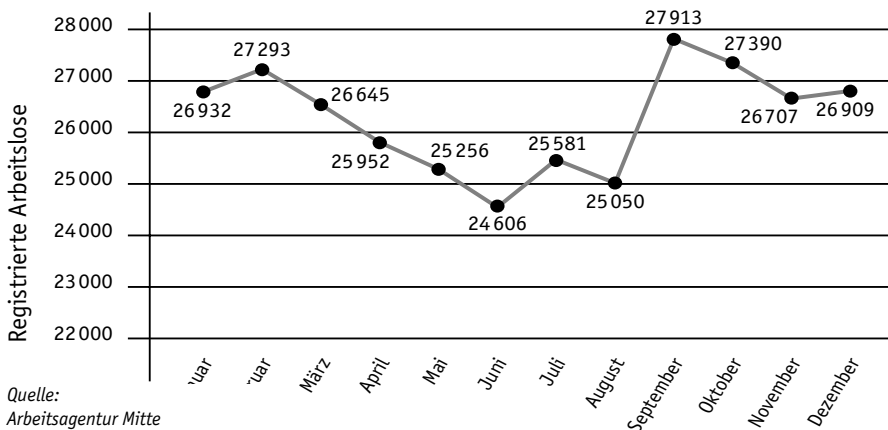
Dr. Stephan Müller



Foto: Martin Walter

„Der besondere Freitag“ in der Kiezspinne: Zum Auftakt dieser Veranstaltungsreihe kamen am 6. Januar die DDR-Friedensfahrtteilnehmer Täve Schur (links), Detlef Zabel und Dr. Klaus Huhn. Am 3. Februar (10 Uhr) ist DDR-Botschafter a. D. Otto Pfeiffer vom Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. Berlin (VIP) zu Gast. Sein Thema: „Gestern Botschafter – heute Wahlbeobachter“.

Arbeitslose 2005 in Lichtenberg



Quelle:
Arbeitsagentur Mitte

Auch die in der Agentur Lichtenberg registrierten Arbeitslosen wurden 2005 wieder nur „verwaltet“. Hartz IV schafft eben keine neuen Arbeitsplätze – schon gar nicht solche, von denen eine Familie auskömmlich leben könnte. Zum Jahresende waren 36 991 Personen als arbeitssuchend gemeldet. Die meisten von ihnen werden auch 2006 keine Arbeit finden.

Stoppt Bolkestein!

Die WASG unterstützt die Proteste von Gewerkschaften und Sozialen Bewegungen gegen die Dienstleistungsrichtlinie der EU am 11. Februar in Brüssel und Berlin und am 14. Februar in Strasbourg. „Wir sind gegen diese ‚Bolkesteinrichtlinie‘, weil sie zu einer Deregulierung des europäischen Binnenmarktes, zu Lohn- und Sozialdumping führt. Dies bringt nicht mehr Arbeit, sondern führt zu Ar-

mut, Unsicherheit und Ausgrenzung. Wir wollen einen Politikwechsel in Deutschland, Europa und der Welt und stehen für die Ausweitung von Sozial- und Lohnstandards. Wir rufen unsere Mitglieder und Sympathisanten auf, sich an den Demonstrationen zu beteiligen und gemeinsam mit Linkspartei, Gewerkschaften und Globalisierungskritikern vor Ort Veranstaltungen zur Dienstleistungsrichtlinie auszurichten und Busse zu organisieren.“

www.w-asg.de/28+M543dc615398.html

Bürgerhaushalt

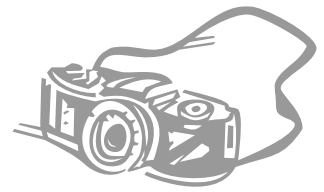
Am 21. Januar stimmten die Lichtenberger über die Vorschläge zum Bürgerhaushalt ab.

Wer in Lichtenberg wohnt oder arbeitet, konnte an diesem Tag seine Stimme jenen Vorschlägen geben, die im Ergebnis von fünf Bürgerversammlungen, einer intensiven Debatte im Internet und durch Bürgerbefragung ermittelt wurden. Ein Redaktionsteam hatte alle Vorschläge gesichtet, verdichtet und geprüft, ob sie dem Kriterium „zum Bürgerhaushalt 2007 gehörig“ entsprechen.

Das Auditorium maximum der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege war wieder trotz nasskalten Wetters gut besetzt. Die Anwesenden konnten über die Vorschläge abstimmen, die sich in den „Vorauscheiden“ durchgesetzt hatten. Dazu hatten sie die Möglichkeit, maximal fünf Punkte zu vergeben. Die Punktzahl entschied dann über die Platzierung eines Vorschlags. Dazu mehr in der nächsten „info links“.

Nicht berücksichtigte Vorschläge würden aber nicht im Papierkorb landen, sondern blieben für die Verwaltung Anregung für ihre weitere Arbeit, betonte die Bezirksbürgermeisterin. Nun hat die Bezirksverordnetenversammlung das letzte Wort.

M. W.



SODI im Bundestag

Es war wirklich ein schöner Tag, resümierte Gesine Löttsch am 2. Dezember. Zu Besuch hatte die Lichtenberger Abgeordnete 45 Mitglieder von SODI – dem Solidaritätsdienst International.

Der Verein hat seinen Sitz in der Grevesmühlener Straße in Hohenschönhausen. In der ersten Etage eines unscheinbaren Plattenbaus koordinieren fünf Mitarbeiter, allen voran Geschäftsführer Jürgen Ebert, die Solidaritätsarbeit. Aus dem Wahlkreis von Gesine Löttsch geht sozusagen eine Welle der Hilfe für arme Menschen in unterentwickelten oder vom Krieg zerstörten Regionen der Welt aus.

Den Verein gibt es seit 1990. Seit 15 Jahren betreuen seine inzwischen 260 Mitarbeiter Projekte in Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa. Heute umspannt SODIs Hilfe 17 Projekte auf dem Globus.

Einige Beispiele: Für Menschen im Irak haben Jürgen Ebert und seine Truppe zusammen mit dem Rathenower Arzt Dr. El Hakim und weiteren deutschen Partnerorganisationen Container mit Krankenhausbetten, Gehhilfen, Prothesenmaterial und Medikamenten organisiert. In Vietnam, im Bergdorf Huoi Xen, ist vor einigen Jahren mit der Hilfe von SODI ein selbstfließendes Trinkwasserversorgungssystem entstanden, das den Gesundheitszustand vieler Dorfbewohner, die oft an Darmerkrankungen und Malaria litten, wesentlich verbessert hat.

„Ein Jahr nach der verheerenden Flutkatastrophe in Südostasien nehmen uns die Tsunami-Wiederaufbauprojekte in Sri Lanka und Südindien besonders in Anspruch“, erzählt Jürgen Ebert auf der von Gesine Löttsch or-

ganisierten Stadtrundfahrt. Die gehört zum Tagesprogramm, ebenso eine Führung durch den Reichstag mit anschließendem Mittagessen und ein Besuch im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Im Ministerium sind die Aktivisten in ihrem Element. Nach einer Info-Runde mit Referent Wolfgang Lucas stellt die SODI-Praktikantin Sylvia Werther fest, dass „Deutschland die 0,7 Prozent Entwicklungsförderung noch lange nicht erfüllt“ hat. Der Referent nimmt dies kommentarlos zur Kenntnis, die Runde löst sich nach zwei Stunden langsam auf.

Damit das Geld da ankommt, wo es gebraucht wird, arbeitet SODI mit einheimischen Koordinatoren zusammen, fügt der Vor-

standsvorsitzende Johannes Schöche den Worten Eberts hinzu. Überhaupt handelt SODI sehr effizient, Spendengelder fließen nicht in einen übergroßen Verwaltungsapparat, sondern in die Arbeit vor Ort, in konkrete Projekte. Der Verein spart außerdem viel Geld, da er nur auf der Homepage umfassend über seine Arbeit informiert. Besonders stolz ist Geschäftsführer Ebert auf das Spendensiegel – eine Art Spenden-TüV. *Norman Wolf*

Gesine Löttsch hat zu SODI schon lange einen guten Draht. Sie spendete 400 Euro für den Verein. Für die in Moçambique gebaute Bagamoyo-Schule gab es außerdem noch mehrere Kisten Lern- und Bastelmaterialien.



Foto: Norman Wolf

Junge Musiker gesucht

„Rock für Links“ wird in diesem Jahr am 10. Juni in der Parkaue stattfinden. Veranstalter sind die Linkspartei.PDS und [solid]-Lichtenberg.

Für dieses große Open-Air-Konzert mit mehreren tausend Besuchern suchen wir Berliner Nachwuchsbands.

Eine kompetent besetzte Jury wird die interessantesten „Kandidaten“ zum Bandwettbewerb einladen. Dafür solltet ihr eine Demo-CD oder eine andere Hörprobe bis zum 28. Februar schicken an:

● Die Linke.PDS

Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Weitere Infos erhaltet ihr von Daniel,
Telefon: 0160-129 01 95

Vor zehn Jahren

1996 startete die Lichtenberger PDS eine Spendenaktion zur Wiederherstellung der zerstörten Inschrift „Gedenkstätte der Sozialisten“. 14.000 DM wurden so aufgebracht. Zehn Jahre danach akquiriert ein von SPD- und PDS-Mitgliedern initiiertes „Förderkreis Erinnerungstätte der deutschen Arbeiterbewegung“ eine halbe Mio. Euro zur Sanierung des Areals. Im Januar 2006 eröffnet Walter Momper dort eine Ausstellung und sagt, dieser Ort spiegelt „Wege und Irrwege der Arbeiterbewegung“ wider. Er rief „manche Erkenntnisse hervor, die für unseren Standort heute schmerzhaft sind.“ Man habe „bewusst auf das Wort ‚Zwangsvereinigung‘ verzichtet. Wer hätte das damals gedacht?“ *J. Pampel*

Keine Kandidatur

Gesine Löttsch wird nicht für das Amt einer Vizepräsidentin des Bundestages kandidieren. Sie will sich im Interesse ihrer Wählerinnen und Wähler intensiv den jetzigen Aufgaben als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion widmen, sagte sie dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky sowie den beiden Vorsitzenden der Linkspartei-Fraktion im Bundestag Dr. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine.

„Meine damalige Kandidatur in der Fraktion war gut begründet und für viele Menschen nachvollziehbar. Die Kollegen haben anders entschieden“, sagt Gesine Löttsch. Sie akzeptiert das und hofft nun, dass die Fraktion eine Frau für dieses Amt nominieren wird.



Farbe bekannt

Jeder, der schon mal am Bahnhof Lichtenberg ein- oder umgestiegen ist, kennt das: „Hitler unvergessen“ im U-Bahnbereich; „AJAB“ (All Jews Are Bastards) und „C18“ (Kürzel einer englischen Nazi-Terrorgruppe) am Bahnhofseingang sowie mehrere „Smash Antifa“-Graffiti und gesprühte Hakenkreuze übers gesamte Bahnhofsgelände verteilt.

Es ist bekannt, dass Nazistrukturen in dieser Gegend ausgeprägt sind. Adolf Normalnazi findet hier alles, was sein Herz begehrt: „tolerante“ bis braune Nachbarn, rechte Kneipen, Tattoostudios, Kameradschaften, schutzlose Linke auf ihrem Heimweg und einen Bahnhof mit vielen Wänden, die sich zum Verschmutzen mit rechtsextremen Hetzparolen offensichtlich bestens eignen.

Um dem von Neonazis entstellten Bahnhof wieder eine sympathisch-bunte Oberfläche zu geben, trafen sich am 8. Januar ungefähr 40 Lichtenbergerinnen und Lichtenberger, bewaffnet mit Malerrolle und Farbe, in der „UNDINE“. Von dort zogen diese engagierten Antifaschisten von Schmiererei zu Schmiererei und überdeckten den braunen Unrat je nach Untergrund gelb, weiß oder grau (→ Foto).

Die Gebäudereinigungslehrlinge des Max-Taut-Oberstufenzentrums werden in Zukunft die regelmäßige Säuberung des Bahnhofs vom Naziunrat übernehmen. [solid] Lbg-jb

Hier geblieben!

Die fünf Geschwister der Familie Sylva aus Hohenschönhausen sollen in das Kosovo abgeschoben werden – obwohl sie seit 1997 hier leben. Sie sind hier aufgewachsen, integriert, haben sich nichts zuschulden kommen lassen, haben Schulabschlüsse, Arbeit und Angebote für Ausbildungsplätze und würden durch die Abschiebung von ihren Eltern getrennt. So schildert Karin Hopfmann, Flüchtlingspolitische Sprecherin der Linkspartei-Fraktion im Abgeordnetenhaus, die Situation.

Gemeinsam mit Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich verlangen wir – Lichtenberger Jugendliche aus unterschiedlichen Gruppierungen – von Innensenator Körting (SPD), den Empfehlungen des Berliner Petitionsausschusses und der Härtefallkommission zu folgen und den fünf jungen Menschen aus humanitären Gründen einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu gewähren. [solid] lbg-gw

- Siehe auch: www.hier-geblieben.net
- Wenn Sie die Familie Sylva unterstützen möchten, wenden Sie sich bitte an die Linkspartei unter Telefon 512 20 47.



► Auch Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (hier im Bild) und andere bekannte Leute griffen zu Farbe und Pinsel, so auch Bezirksstadtrat Andreas Prüfer, Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsich und die Antifaschistin Irmela Schramm.

Foto: [solid] Lbg

Dr. Gesine Lötzsich, MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Antifaschistischer Wettbewerb 2006

DIE LINKE.

»AusDRUCKsstark gegen Rechts«

Was wir wollen:

Wir möchten Jugendliche ermuntern, antifaschistische Projekte zu konzipieren und zu realisieren. Wir wollen damit das Andenken an den 8. Mai – den Tag der Befreiung vom Faschismus – aufrechterhalten. Diesmal sollen Beiträge im Mittelpunkt stehen, die wir als Linkspartei und unsere Partner im Kampf gegen neofaschistisches und rechtsradikales Gedankengut verwenden können, ganz gleich, ob auf Demos oder unserer Internetseite.

Was wir suchen:

Gewaltfreie, phantasievolle Wettbewerbsbeiträge gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, z.B. Plakate und Transparente, Songs und Gedichte, Video-Clips, Drehbücher/Manuskripte für Theater/Film, „Political Merchandise-Artikel“ wie Buttons, T-Shirts und Tassen, oder aber auch die Gestaltung einer Internet-

seite oder das Konzept für eine „etwas andere Schülerzeitung“.

Was euch erwartet:

Den Gewinnerinnen und Gewinnern winkt eine Reise nach Reggio Emilia (Italien, 23.–28. April 2006). Dort werdet ihr Zeit-

zeugen treffen und an Veranstaltungen rund um den 25. April (der Tag der Befreiung in Italien) teilnehmen, Festivals und Konzerte besuchen, auf Partisanenwegen wandern und viel über den antifaschistischen Widerstand in Italien erfahren.



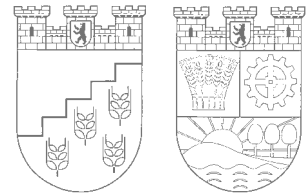
● Weitere Infos erhaltet ihr unter:

www.ausdruckstark-gegen-rechts.de
Tel. 227 71 768, Ansprechpartner: Tinko

● Wettbewerbsbeiträge bitte an:

Wahlkreisbüro MdB Dr. Gesine Lötzsich
Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin
Ansprechpartner: Sascha
Telefon 99 270 725; Fax 99 270 726

Lichtenberg



Ein Phoenix in Karlshorst

Gegenüber dem Bahnhof Karlshorst, an der Ecke Dönhoffstraße, steht ein graues Haus: vernagelte Fenster, bröckelnder Putz, betreten kann man es nur über den Hintereingang. Hoch oben sieht man das Schild des Zimmertheaters. Das „Theater im 12. Stock“, mit seinem Intendanten Dr. Wolfgang Helfritsch seit langem als engagiertes Kabarett bekannt, hat unter anderem hier sein Domizil gefunden. Als ich dieses Haus im November besuchte, zeigte die „Galerie Carlshorst“ gerade Fotografien von Jürgen Graetz: „Berlin – zwischen Geschichte und Alltag“.

Es ist das Kulturhaus Karlshorst. Nach den notdürftigsten Sanierungsarbeiten in den Räumen und im Treppenhaus, an Heizung und Sanitäreinrichtungen konnte es am 8. März 2005 mit einer Fotoausstellung über China wieder eröffnet werden.

Neben der Galerie und dem Zimmertheater ist der Kulturverein Lyra mit einem umfangreichen Angebot für Spätaussiedler in diesem

Haus aktiv, ebenso wie mehrere Chöre und eine Außenstelle der Musikschule. Eigene Angebote sind das „Theater der Träume“ für Kinder, der „Jazztreff“ mit zwei Veranstaltungen im Monat und die „Lesebühne der Kulturen“. Seit kurzem werden Filmklassiker gezeigt, angefangen mit dem sowjetischen Streifen „Anna Karenina“.

Im Frühjahr 2006 erhält die Fassade einen neuen Anstrich. Dann gelangt man auch wieder über den Haupteingang hinein. Für die Nutzung der Räume im Erdgeschoss gibt es mehrere Bewerbungen – sie soll dem Charakter des Hauses angemessen sein.

Es ist ganz erstaunlich, was für ein bemerkenswertes kulturelles Angebot mit wenigen Mitarbeitern bei bekannt knappen Kassen entstanden ist. Große Unterstützung erfährt das Haus durch den Bürgerverein Karlshorst und weitere Freunde.

Gerade Kultur macht das Leben im Bezirk anziehend. Darum wünsche ich mir, dass dieses Haus im Bürgerhaushalt eine angemessene Bewertung erfährt, denn Kultur und Kunst sind unverzichtbarer Bestandteil eines lebenswerten Wohnumfeldes. *Inge Junginger*

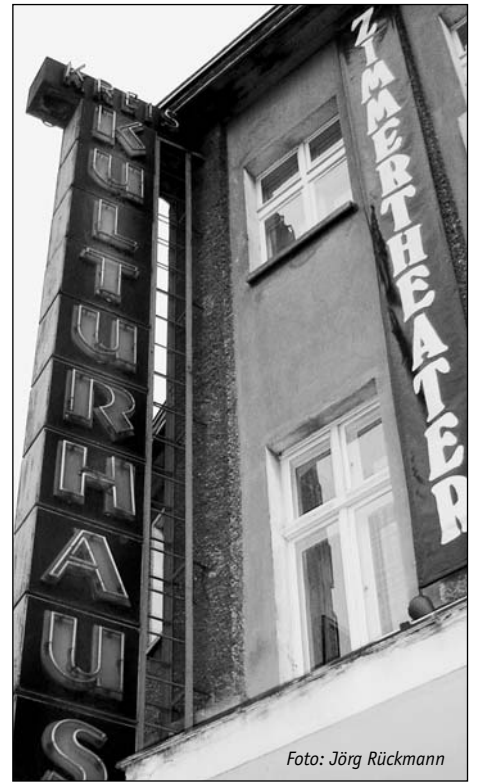


Foto: Jörg Rückmann

Ein volles Haus

Gedränge im Lichtenberger Rathaus bis weit nach Mitternacht in der „Langen Nacht der Politik“ am 13. Januar: Führungen durch das sanierte Gebäude, Foren mit drei Ausschüssen, deren Vorsitzende die Linkspartei.PDS stellt, und verschiedene Konzerte wurden den Besuchern geboten. Neben rotem Wein, roter

Grütze und manch lukullischer Überraschung regte das von Helmut Hahn geleitete Gespräch auf dem „Heißen Stuhl“ zum Mitdenken an. Der neue Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS, Klaus Lederer, Ausschussvorsitzende Marion Platta und Linkspartei-Fraktionschef Bernd Ihme mussten hier Rede und Antwort „sitzen“. Höhepunkt war das Gespräch mit Professor Heinrich Fink.

Bernd Ihme freute sich, „dass in der Fraktion der Sozialisten so intensiv über Nächstenliebe, Glauben, Aufklärung, Optimismus und Solidarität gesprochen wurde.“

Das Ehepaar Elfriede und Dieter Gärtner äußerte sich anschließend gegenüber „info links“: „Die ‚Lange Nacht der Politik‘ hat uns sehr gefallen. Im Ratssaal fand der gelungene Wechsel zwischen kurzen Gesprächsrunden und Konzerteinlagen besonderen Anklang. Herzlichen Beifall erntete berechtigterweise ‚Die neue Berliner Symphonie‘, vor allem der erstklassige Konzertgeiger. Gut durchdacht war auch die Einladung der Vertreter der verschiedenen Kultureinrichtungen. Überzeugend hier wieder der stellvertretende Intendant des Theaters an der Parkaue. Sein Aufruf, für die Installation einer neuen Dachreklame zu spenden, wäre zweckmäßigerweise durch eine Sammelbüchse unterstrichen worden. Wir hätten auf jedem Fall gern etwas hineingetan.“

Joachim Pampel

● Siehe auch: www.dielinke.pds-lichtenberg.de/fraktion/vorOrt-Report



Foto: Steffen Wollmann

Nur scheinbar paradox – der Schlüssel in der Hand der Bezirksbürgermeisterin für das umfassend sanierte und nun leichter zugängliche „offene“ Rathaus. Die Lichtenberger nahmen es in der „Langen Nacht der Politik“ wie selbstverständlich in Besitz.

Wie steht es um ...

... direkte Demokratie?

Berlin hat – besonders durch die Aktivitäten der Linkspartei.PDS – seit 2005 die bundesweit modernsten Gesetze zur direkten Demokratie auf bezirklicher Ebene. Hingegen sind die seit 1995 geltenden Möglichkeiten für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf der Landesebene mit riesigen Hürden versehen. Es gelten bis jetzt hohe und fast unerreichbare Beteiligungs- sowie Zustimmungsquoren, viele wichtige Politikbereiche sind der direkten Demokratie entzogen, und auch die Verfahren sind so kompliziert und aufwändig, dass bislang noch keine Aktivität zum Erfolg geführt hat. Genau das hatte die damalige Große Koalition wohl auch beabsichtigt.

Rot-Rot hatte sich denn auch zur Demokratisierung dieser Landesregelungen verpflichtet. Doch plötzlich wollte die SPD nicht mehr die ersten bezirklichen Bürgerentscheide abwarten. Dieser Koalitionskonflikt endete am 17. Januar mit der von uns angestrebten Entscheidung, endgültig doch noch in dieser Legislaturperiode die direkte Demokratie auf Landesebene zu qualifizieren. Dafür werden die Senatsmitglieder künftig vom Regierenden Bürgermeister berufen bzw. abberufen. Das aber hat eher formale Bedeutung, denn in einer Koalition geht nichts ohne beiderseitiges Einverständnis – es sei denn, sie soll platzen.

Wie es die Linkspartei.PDS von Anfang an gefordert hatte, wollen wir uns an den Regelungen für die Bezirksebene orientieren. Das heißt: ebenso moderate Quoren für Volksinitiativen und -begehren, kein gesondertes Zustimmungsquorum beim Volksentscheid (es entscheidet die einfache Mehrheit), die Streichung der allermeisten Ausschlussgründe und Verfahren, die es der Öffentlichkeit leicht machen, Entscheidungen in die eigenen Hände zu nehmen. Darüber beginnt jetzt die zügige Gesetzesarbeit.

... Straßenausbaubeiträge?

In allen Bundesländern – außer im reichen Baden-Württemberg und im armen Berlin – gibt es Gesetze, dass Hausbesitzer am Ausbau „ihrer“ Straßen finanziell zu beteiligen sind, weil es dabei um beträchtliche öffentliche Gelder geht, die in der Regel direkt nur den oft wenigen Anliegern nutzen. So haben wir de facto keine reale Entscheidungsoption, ob das Gesetz kommt, denn Berlin muss die üblichen Einnahmequellen erschließen. Großen



Foto: Joachim Pampel

Im Wahljahr ist das Zusammenstehen der Linken besonders wichtig: Steffi Schulze (MdA), Detlef Poge (BvV) und Gesine Lötzsch (MdB) von der Linkspartei.PDS beim Neujahrsempfang des Bezirksamtes (v.l.n.r.)

Einfluss haben wir aber darauf, wie ein solches Gesetz ausgestaltet wird.

Und da stimmt der bisherige Verhandlungsstand von PDS und SPD hoffnungsfroh. Vor allem soll es – einmalig in der BRD – eine die Behörden verpflichtende Mitsprache der Betroffenen geben, und die Entscheidung über Ob und Wie soll die BVV fällen. Das Bezirksamt muss jedes Straßenausbauprojekt rechtzeitig veröffentlichen, damit es auch Gegenstand eines bezirklichen Bürgerbegehrens bzw. Bürgerentscheids werden kann.

Ganz wichtig ist, dass die in Frage kommenden Beträge deutlich reduziert und nach Straßenfunktion differenziert werden sollen.

Statt der fünf- und sechststelligen Gerichte wird es eher eine vierstellige Zahl sein, die nicht auf die Mieten verlagert werden darf. Eine soziale Härtefallklausel regelt die zeitweilige oder auch generelle Zahlungsbefreiung. Vereinbart sind bislang auch Ratenzahlungen ohne Zinsverpflichtung und bis zu 20 Jahren. Zudem sollen Straßen, bei denen eine begonnene Erschließung fortgesetzt werden soll, unter die weitaus günstigeren Ausbaubedingungen fallen. Noch müssen die weitreichenden Entscheidungsrechte der BVV juristisch bestätigt werden. Käme das Gesetz dann so, wären alle Bedingungen, die unser Landesparteitag gefordert hat, erfüllt. -tl-

Die Lichtenberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses

- **Karin Hopfmann:** ☎ 2325 2596 (im Abgeordnetenhaus – AGH); Sprechstunde am 20.2., 16 Uhr, Bürgerinitiative, Neustrelitzer Straße 63
- **Dr. Steffi Schulze:** ☎ 2325 2580 (AGH); Sprechstunden am 6.2., 15 Uhr, sowie am 20.2., 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Ingeborg Simon:** ☎ 2325 2587 (AGH) und 784 87 83 (privat); Sprechstunde am 22.2., 17 Uhr, Wahlkreisbüro von Gesine Lötzsch, Ahrenshooper Straße 5
- **Giyas Sayan:** ☎ 2325 2597 (AGH); Sprechstunden am 1.2., 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, AGH
- **Dr. Peter-Rudolf Zottl:** ☎ 2325 2553 (AGH) oder 0151-1560 2356 (Mobil)/ Wahlkreismitarbeiter Daniel Tietze, ☎ 0172-871 95 75, E-mail: wahlkreis@zotl.de; Sprechstunden am 13.2., 17 Uhr, AGH, sowie am 28.2., 17 Uhr im Wahlkreisbüro Gesine Lötzsch

Selbstverständlich gibt es immer auch Termine nach Vereinbarung.. Gern kommen wir zu aktuellen Fragen in Bürger- und Basisveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Wohin mit Europa?

Interview mit Sylvia-Yvonne Kaufmann (Linkspartei.PDS). Die Lichtenbergerin ist Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments.

● Ist Europa in der Krise?

● Ja. Die einseitige Zustimmung zur europäischen Idee ist inzwischen dramatisch zurückgegangen, und dafür ist die Politik der EU verantwortlich. Immer mehr wird diese von blanken neoliberalen Privatisierungs- und Wettbewerbskonzepten sowie von der sozial- und umweltpolitischen Deregulierung dominiert. Und immer weniger spielen eine aktive Beschäftigungspolitik oder das Streben nach einheitlich hohen sozialen und ökologischen Standards eine Rolle. So fallen EU-Politik und die Interessen der Bevölkerung immer weiter auseinander, und das ergibt eine massive Vertrauenskrise.

● Stichwort „Bolkestein“ ...

● Genau. Mit der „Bolkestein-Richtlinie“ müssten nahezu alle kommunalen Dienstleistungen europaweit ausgeschrieben werden. Das hauptsächliche Vergabekriterium für die Kommunen soll das preiswerteste Angebot sein. Dabei sollen aber nicht die sozialen, ökologischen und technisch-technologischen Maßgaben der Ausschreibungsländer, sondern ausschließlich die der Herkunftsländer gelten. In der Realität wird so angesichts der niedrigen Regelungen in den neuen Beitrittsländern die hiesige örtliche Wirtschaft nur noch ganz wenige Chancen haben. Damit ist auch hierzulande das Ende von Flächentarifen und Tariflohn, von bisherigen sozialen, ökologischen und technischen Standards absehbar. Das ist nicht hinzunehmen.

● Die neuen Mitgliedsländer forcieren ja geradezu die Annahme von Bolkestein. Wie ist das in der linken Fraktion?

● In unserer Fraktion ist nur die KP Böhmens und Mährens vertreten, und die kämpft in Tschechien selbst um nachhaltige soziale Verbesserungen. Sie ist konsequent dagegen, eigene Probleme auf Kosten anderer zu klären. Während es also im Europäischen Parlament durchaus einen Ost-West-Gegensatz – die uneingeschränkte Zustimmung zu Bolkestein kommt vor allem aus Osteuropa, und die Kritik vor allem aus den westeuropäischen Mitgliedsländern – gibt, sind wir uns in unserer Fraktion völlig einig.

● Was ist noch gegen Bolkestein möglich?

● Mitte Februar wird im Parlament die erste Lesung sein. Die Kommission hat – wegen der kontroversen Debatten und stets ganz knappen Abstimmungen in den Ausschüssen und

auch im Ministerrat – danach einen überarbeiteten Entwurf angekündigt. Insofern ist gerade jetzt die Chance, deutlich Protest zu zeigen, die Unterschriftensammlungen zu intensivieren und große Protestaktionen, wie am 14. Februar in Strasbourg und anderen Zentren, durchzuführen. Für uns geht es darum, dass diese Richtlinie weg muss, aber wir unterstützen auch alles, um wenigstens das Herkunftslandprinzip zu tilgen.

● Wie geht es mit der Verfassung weiter?

● Die Europäische Union braucht einen neuen Vertrag, meine Position dazu ist ja bekannt. Doch wenn es wie in Frankreich und den Niederlanden so eindeutige Gegenvoten der Bevölkerung gibt, muss die Politik entsprechend handeln. Dringend ist ein Politikwechsel hin zu einem sozialen Europa, nur so werden sich die Menschen wieder mehr mit dem europäischen Projekt identifizieren. Notwendig ist zudem, mit den Bürgerinnen und Bürgern endlich einen gezielten Dialog über die Zukunftsperspektiven Europas zu führen. Das Europaparlament engagiert sich für EU-weite Debatten zu den Problemen, die die Menschen in den Mitgliedstaaten am meisten bewegen. Dies könnte helfen, den Verfassungsprozess wiederzubeleben. Denn vergessen wir nicht: in Politik und Wirtschaft gibt es starke Kräfte, die sehr gut mit dem verfassungslosen Zustand leben können bzw. die auf ein Zurück zum Nationalstaat setzen.

● Welche Schwerpunkte hat die linke Fraktion für die nächste Zeit gesetzt?

● Wir haben es unablässig mit Angriffen auf soziale Leistungen unter dem Vorwand des

Kontakt

- Die Europaabgeordneten aus Lichtenberg **Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann** und **Sahra Wagenknecht** sind erreichbar: PDS-Europabüro, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, ☎ 2277 1406 (Kaufmann) und 2277 0419 (Wagenknecht)
- Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar: ☎ 2277 1787 (Bundestagsbüro) oder 9927 0725 (Wahlkreisbüro) Sprechstunden am 31.1. und 21.2, jeweils 17 Uhr, Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße 5

Sehr gern kommen wir zu Diskussionen in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet uns ein!**

fairen Wettbewerbs zu tun. Es wird also immer darum gehen, dass wir als Anwalt gegen neoliberalen Sozialabbau wirken.

● Du bist die Ansprechpartnerin der Gruppe der Linkspartei.PDS im Europäischen Parlament für den Landesverband Berlin.

● Ja, und da gibt es auch viele Kontakte. Dennoch würde ich mich freuen, wenn mich noch mehr Basisorganisationen einladen würden. Viele wissen es schon: Wenn meine Verpflichtungen – auch die als Vizepräsidentin – es nur irgendwie zulassen, komme ich sehr gern in die Basis.

▼
▼
▼
Sylvia-Yvonne Kaufmann (rechts) bei ihrer Arbeit im EU-Parlament.

Foto: Europabüro S.-Y. Kaufmann





Buch-Tipp



Konto 444=54,56 Mio. DM

Die vollständige Kontonummer war von Adorf in Sachsen bis Saßnitz auf Rügen bekannt. Die DDR-Bürger haben -zig Millionen auf das Solidaritätskonto 6836-26-444 eingezahlt.

Der ehemalige Generalsekretär des Solidaritätskomitees der DDR, Achim Reichardt, hat jetzt erstmalig einen umfangreichen Bericht über die Entstehung und die Herausbildung der Solidaritätsbewegung in der DDR veröffentlicht, der einem historischen Abriss gleichkommt. Mit großem persönlichen Engagement, ehrlich und offen belegt er die Leistungen des Komitees, das

1990 in „Solidaritätsdienst-international e.V.“ (SODI) umbenannt wurde. Da ist vom Krankenhaus „Carlos Marx“ in Managua (Nikaragua) die Rede, von den Hilfsaktionen „Blut für Vietnam“, von 60000 Schulbüchern für Laos, Chile, Namibia, Moçambique, usw.

Im Teil III wird der Versuch der Treuhand gezeißelt, die Spendengelder der DDR-Bevölkerung auf kaltem Wege zu vereinnahmen, und über den gerichtlichen Vergleich (21. Februar 1992), der SODI 54,5 Millionen DM zusprach, berichtet.

In diesem Buch wird sich so mancher Leser von „info links“ wiederfinden. Nur das Spendenkonto von SODI lautet jetzt anders (z. B.): 438 5205 000, Berliner Bank, BLZ 100 200 000
Franz-Karl Hitzte

- Achim Reichardt: **„Nie vergessen – Solidarität üben! – Die Solidaritätsbewegung in der DDR“**, Kai Homilius Verlag, Berlin, Edition Zeitgeschichte Bd. 23, 2006, hardcover, 336 Seiten, 18 €, ISBN 3-89706-871-0

Veranstaltungen

- **Freitag, 27.1.**
Kranzniederlegungen zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus; **10.30 Uhr:** Gedenkstein Konrad-Wolf-Straße, **11 Uhr:** Kirche Möllendorffstraße/Loeperplatz
- **Sonabend/Sonntag, 28./29.1.**
Klausur des Bezirksvorstandes, der BVV-Fraktion und der BA-Mitglieder; Kongress-Hotel, Berlin-Rahnsdorf
- **Dienstag, 7.2., 14 Uhr**
„Adele Sandrock“, vorgestellt in heiteren Geschichten von Eva-Maria Eisenhardt; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonabend, 11.2., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit Christina Emmrich; Treff: Mühlengrund/Matenzeile
- **Dienstag, 14.2., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes

Für Internet-Anfänger

Null Vorkenntnisse? Macht nichts! Wir begleiten Ihre ersten Schritte im Internet. Am **15. Februar, 17 Uhr** geht's los. Einfach anmelden unter 99270725 (Wahlkreisbüro von Dr. Gesine Löttsch, Ahrenshooper Straße 5)
Pascal Detzler

- **Mittwoch, 15.2., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg; Bezirksamt, Große-lee-straße 103
- **Dienstag, 21.2., 18.30 Uhr**
Bürgerforum: „Die Linke im Bundestag gegen Sozialabbau“, mit Dagmar Enkelmann; KULTschule
- **Dienstag, 21.2., 19 Uhr***
Beratung mit den Sprecherratsvorsitzenden (Lichtenberg)
- **Mittwoch, 22.2., 18.30 Uhr****
Beratung mit den Wahlkreisaktiven (Hohenschönhausen)
- **Mittwoch, 22.2., 15.30 Uhr**
„Werner Richard Heymann“, Tochter Elisabeth Charlotte Trautwein Heymann erinnert in einem Vortrag an den bekannten UFA-Komponisten; KULTschule
- **Donnerstag, 23.2., 18 Uhr****
Ausstellungseröffnung „Die Montagsmaler“ – der Malzirkel von UNDINE e.V. zeigt seine Werke
- **Donnerstag, 23.2., 18 Uhr**
Eröffnung Ausstellung: „Spuren der Macht“ von Rolf-D. Banek, KULTschule

Veranstaltungsorte:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

In der Kürze ...

Gesine Löttsch praktiziert mit ihren Blättern „kurz und bündig“, was wir uns – der Linkspartei-Kiezverband Zingster Straße – für den Wahlkampf wünschen. Statt langatmiger Texte fordern wir regelmäßig erscheinende, kurz und knapp gehaltene Flugblätter, die wichtige Aussagen unseres Wahlprogramms z. B. zur Haushaltslage oder zur Arbeitsmarktpolitik auf den Punkt bringen (→ *Abbildung*).

Jeden Monat soll ein Thema angesprochen werden, damit unsere Standpunkte die Menschen erreichen. Die Publikationsorgane der Linkspartei.PDS sollten unsere Idee aufgreifen und entsprechende Vorlagen veröffentlichen. Diese Materialien können kopiert und verteilt werden, um darüber kiezbezogen zu debattieren.
Kiezverband Zingster Straße



Die Linken können es, machen es aber viel zu wenig: Argumente auf den Punkt bringen.

info links

Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS – Bezirksverband Lichtenberg, Redaktionskollektiv, V i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.dielinke.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 17.1.2006

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 2/2006:

7.2. und 22.2.2006, jeweils 16 Uhr

Redaktionsschluss für Ausgabe 2/06: 21.2.2006

Die nächste Ausgabe erscheint am 2.3.2006.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.